

das um, so heißt das, daß 65.000 Arbeiter über 2 Jahre lang Beschäftigung finden könnten.

Und dann noch einen Appell an die Arbeitgeber im Lande, große und kleine! Es ist ein gewisser Überfluß, daß viele ihre Arbeitskräfte noch beziehen, ohne den Arbeitsnachweis wenigstens auch mit in Anspruch zu nehmen. Vorwärts etwa gegen die Arbeitslosen, daß sie arbeitslos seien, helfen ja nicht. Man muß mit-helfen, daß jeder Arbeitslose auch einmal Gelegenheit erhält, an eine Arbeit herangeführt zu werden. Das kann nur durch das öffentliche Arbeitsamt geschehen. (Zuruf v. d. Soz.: Das müssen Sie Ihren Genossen sagen!) Ich habe ja gesagt, ich wende mich an die Arbeitgeber groß, und klein. Ein großer Arbeitgeber ist z. B. der Konsumverein Vorwärts Dresden. Es wird so erreicht, daß vor allem langfristige Arbeitslose wieder einmal an eine Arbeit angeheft werden können. Die vorzüglichen Wirkungen einer solchen Entwicklung sind unverkennbar, namentlich auch die psychologischen Wirkungen. Vor allen Dingen wird durch solche Maßnahmen auch die Arbeitswilligkeit der Arbeitslosen geprüft werden können. Und wenn sich dann ergibt, sie sind wirklich nicht arbeitswillig, dann wäre der Vorwurf der Arbeitslosen voll berechtigt.

Ich möchte zum Schluß darauf hinweisen, daß wir es verschmähen, die Not der Erwerbslosen und die zunehmenden Schwierigkeiten etwa in dieser Agitation zu benutzen. Uns kommt es lediglich auf objektive förderliche Arbeit an, und die sehen wir am besten gewährleistet, wenn unser Antrag, der vorhin vorgelegt und von mir mit begründet wurde, Annahme findet, damit in den Haushalteschichten die Angelegenheit ernstlich weiter beraten werden könnte. (Bravo! v. d. T. Sp.)

Hierauf wird zunächst die Tagesordnung der nächsten Sitzung festgestellt. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 29. Oktober 1929, 13 Uhr statt.

Auf der Tagesordnung für diese Sitzung steht u. a. die Frage der Revolutionsfeiertage.

Hg. Kauffach (Soz.) erhebt Widerspruch dagegen, daß diese Frage darauf gestellt wird, zumal zurzeit die Beratung darüber im Rechtsausschuß noch gar nicht abgeschlossen ist.

Mit 32 gegen 30 wird beschlossen, diesen Gegenstand am Dienstag nicht zu behandeln.

Hierauf wird in der Aussprache fortgefahren.

Hg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.): Die Wirtschaftspartei stellt sich veranlaßt, zu den Problemen, die besonders im Antrage Nr. 186 der Sozialdemokratischen Fraktion berührt werden, Stellung zu nehmen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Tagesordnung des Landtages, die gestern und heute verhandelt worden ist, die Erziehungsfragen des deutschen Volkes behandelt. Die Reparationsverpflichtungen mit ihrer Grundlage des Versailler Friedensvertrages, des Dawes-Plans und des kommenden Young-Planes hängen mit der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen innig zusammen; denn die Tatsache, daß wir Erwerbslose in solchem Ausmaß haben, ist im wesentlichen auch auf die fortgesetzte Kapitalentziehung aus der deutschen Wirtschaft zugunsten unserer Reparationsgläubiger zurückzuführen. Die Handlungen, die der Herr Reichsfinanzminister vorgenommen hat, beweisen uns, daß auch er die Fragen der Parteipolitik zurücksetzen muß gegenüber den Notwendigkeiten der allgemeinen Wirtschaft. Wir müssen aber auch sagen, wie die Dinge liegen, und daß Anträge allein nicht imstande sind, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, weil das Grundproblem, nämlich das Problem der Kapitalbeschaffung das Wesentliche ist. Ich bitte dem bei, was der Herr Finanzminister vorhin über diese Frage ausgeführt hat. Wir können der Zielrichtung des Antrages Nr. 186 in vollem Umfange bei. Wir wünschen, daß das Erfolg haben möge, was in den Punkten I a bis e des Antrages von der Reichsregierung verlangt wird. Wir sehen aus dem Antrage, daß die Sozialdemokratie durchaus darüber im klaren ist, daß die Kernfrage der Arbeitslosenfürsorge gegenwärtig nicht in Sachen liegt, sondern im Reiche. Wenn auf der anderen Seite hier unter a gefordert wird, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß durch Vermittlung von Krediten und durch Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen Abhilfe geschaffen wird, so müssen wir sagen, wenn Anleihen gesucht werden, so müssen auch Kapitalgeber da sein. Daß der Kapitalmarkt im Inland erschöpft ist, haben die letzten Beschläge der verschiedenen Anleihen bewiesen. Die Besuche größerer Kommunen, Anleihen zu erlangen, sind ebenfalls mit Mißerfolg ausgegangen. Das Auslandskapital ist in der letzten Zeit ebenfalls außerordentlich vorsichtig und zurückhaltend geworden. Das Ausland, besonders Amerika, braucht infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse kein Kapital selbst. Auf der anderen Seite aber sind die deutschen Verhältnisse gegenwärtig nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken. Darüber sind wir uns doch alle klar. In Deutschland ist niemals die Aneignung des Volkes größer gewesen als jetzt. (Lebhaftes Sehr richtig! v. d. Wirtsch.) Die drei sozialistischen Gruppen, die hier im Landtage gesprochen haben, haben jede einzelne die Verhältnisse verschieden beurteilt. Und auch auf der bürgerlichen Seite war Einigkeit hinsichtlich des Young-Planes doch gewiß nicht vorhanden.

Wir müssen auch bekennen, daß die außerordentlich hohen Zinssätze, die in der letzten Zeit für Anleihen gewünscht werden mußten, gefährlich sind. Wir wissen, daß Kommunalanleihen ausgesetzt worden sind, bei denen bis 11 1/2 Proz. Zinsen geboten werden. Das Angebot von so hohen Zinsen bedeutet immer ein Zugeständnis der Unsicherheit der Anleihe oder der Unsicherheit der Einlösung oder dauernden Verzinsung der Anleihe. (Sehr richtig! v. d. Wirtsch.) Wir dürfen ferner nicht verkennen, daß wir die bedauerlichen Korruptionsfälle der letzten Zeit doch nicht ableugnen können, die z. B. gezeigt haben, daß die Berliner Stadtverwaltung schon seit Jahren sich in einem Summum ohnegleichen befindet. Auch in dieser Frage wollen wir niemand eine Schuld zuschieben, das steht abenten Be-

stehen zu. Wir stellen nur das eine fest, und ich möchte mich sonst darüber freuen, das hier im Landtage sagen zu können, daß gerade bei den Berliner Standolen die Wirtschaftspartei eine laudable Sache gehalten hat. (Lebhaftes Sehr richtig! v. d. Wirtsch.) Aber wir dürfen nicht verkennen, daß alle diese Dinge eben hennend auf die Aufnahme von Anleihen wirken. Deshalb ist das Ersuchen an die sächsische Regierung, beim Reiche auf Vermittlung von Anleihen hinzuwirken, höchstens ein frommer Wunsch, dessen Erfüllung wir uns nicht ohne weiteres versprechen können.

Was dann weiter die Bereitstellung von Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge für den Wohnungsbau, für Hochbauten und Verkehrsanlagen anlangt, so weiß der Antragsteller und die antwortende Fraktion ja, daß es sich auch hier um Reichsmittel handelt, die angefordert werden sollen. Aber das Reich kann, wie vorhin Herr Finanzminister uns erklärt und aus dem Gesundheitsbericht vortragen hat, einfach nichts gewähren. Wir wissen, daß der Reichstag 50 Millionen Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen hat. Wir wissen, daß der sächsische Arbeitsminister mit allen seinen Versuchen, in Berlin wenigstens einige Millionen zu erlangen, gescheitert ist. Wir wissen, darüber hinaus noch, daß das Reich nicht nur nicht neues Geld, und neue Mittel nach Sachsen bringen will, sondern daß es 12 Millionen mit Hartnäckigkeit zurückfordert (hört, hört! v. d. Wirtsch.), die früher unter dem sächsischen Finanzminister Dr. Reinhold vom Reiche für denartige Zwecke als Darlehen gewährt worden sind. Auf der anderen Seite ist wichtig, was vorhin bereits vom Hg. Boigt erwähnt worden ist: Sachsen leidet an einer Blutscre. Die Tatsache, daß in Berlin die großen Behörden sitzen, erzwingt es, daß auch die Gelder nach Berlin gezogen werden, und alles Bitten und Flehen und alle Anträge nützen einfach gar nichts.

Deshalb ist auch das, was unter c verlangt wird, eben nur ein Wunsch, dessen Berechtigung wir anerkennen. Wir wünschen, daß die Sozialdemokratische Fraktion, die ja jetzt besondere Beziehungen zum Reichsfinanzminister hat, alle ihre Mittel anwenden möge, um eine für Sachsen günstigere Stellungnahme zu erlangen.

Was weiter die Wünsche unter o anlangt, daß die Reichsbahn zur baldigen Fertigstellung der begonnenen Bahn- und Bahnhofsneubauten veranlaßt werden soll, so möchte ich dazu folgendes sagen. Sachsen tut in dieser Beziehung, was es kann, aber das Reich hat für alle diese geradezu schenklischen Bitten taube Ohren. Was die Elektrifizierung der Reichsbahn anlangt, so möchte ich dazu sagen: Kein Mensch wird sich der Tatsache widersetzen, daß allmählich die Reichsbahn elektrifiziert werden muß. Aber auf der anderen Seite darf man nicht verkennen, daß die Elektrifizierung notwendigerweise schädigend auf den Kohlenbergbau einwirken muß. (Hg. Günther: Sehr richtig!)

Wir machen sich gar keinen Begriff, was man von sächsischen Industriellen alles hören kann. Die Leute kommen nach Berlin und erbiten Aufträge, um Arbeits-einstellungen, um Betriebsstillegungen, um Verminderung der Belegschaft zu vermeiden. Sie finden kein Gehör. Wie war es beispielsweise früher mit der Deeresverwaltung? Wenn ich in Sachsen oder in Dresden einen Auftrag haben wollte, ging ich ins Arsenal und hatte den Auftrag eine Stunde später in der Tasche. Heute fährt der Betreffende nach Berlin und kommt mit einer hohen Speiseordnung, aber bestimmt ohne Auftrag von Berlin zurück. Wir sind aus den Gründen, die ich eben dargelegt habe, bereit, den Antrag unter I d, Einwirkung auf die Reichspostverwaltung im selben Sinne, sogar noch zu erweitern, indem wir weiter anzufügen bitten: beschließen auf die Deeresverwaltung.

Was die Bereitstellung der Mittel für den Bau des Südbahnganges des Mitteldeutschlands anlangt, so muß gesagt werden, was da schon für Lunte geflossen ist, das würde beinahe den Kanal, wenn er fertig ist, ausfüllen können, aber es wird nicht angefangen. Soweit man wünscht, daß die sächsische Regierung beim Reiche auf die Erfüllung ihres Antrages hinwirkt, haben Sie auf der ganzen Linie die Gefolgschaft der Wirtschaftspartei. (Zuruf v. d. Soz.: Aber mit Energie!)

Was nun die Anträge unter II des Antrages Nr. 186 anlangt, so handelt es sich zunächst um das Wohnungsbauprogramm. Es werden 30.000 Wohnungen pro Jahr gefordert. Auch da röhrt man offene Türen ein. Das bisherige Wohnungsbauprogramm sah die Erstellung von jährlich 25.000 Wohnungen vor. Man wollte in diesem Jahre, irrt ich nicht, auf 28.000 Wohnungen kommen, aber es fehlt gegenwärtig überall an Mitteln, den Wohnungsbau so zu fördern, wie es uns allen am Herzen liegt. Es fehlt vor allen Dingen an der Finanzierung der Zwischenhypothesen. Die Tatsache, daß nicht gepart werden kann, daß die Sparlosen nicht den Kapitalzugang haben, wie sie ihn früher hatten, hat zur Folge, daß keine erste Hypothek gewährt wird. Zwischenhypothesen können die sächsischen Finanzen nicht aufbringen. Vorhin ist erwähnt worden, daß die Landesversicherungsanstalt nicht weniger als 17.000.000 RM in Schahwechseln hat übernehmen müssen. Sie sehen, daß diese Dinge die Flüssigkeit der Anstalt vermindern, und das wirkt sich selbstverständlich im Wohnungsbau aus. (Sehr richtig! v. d. Wirtsch.) Der Wohnungsbau ist zum Teil unwirtschaftlich finanziert worden. Das hat zur Folge gehabt, daß Wohnungen im Wege der öffentlichen Beauftragung erstellt worden sind, die so teuer sind, daß sie kein Mensch mehr beziehen kann.

Die Inangriffnahme des Talsperrenprojektes wird auch von uns mit allen Mitteln gefördert, aber auch hier bedarf es des Steins der Weisen, die Erfindung des Herrn Tausend ist ja noch nicht so fruchtbar geworden, daß man mit dessen Gold arbeiten könnte. Auch hier bedarf es eben der Weisheit. 30 Mill. RM werden gebraucht, um das Talsperrenprojekt mit Erfolg in Angriff zu nehmen. Aber das kann Sachsen aus eigenen Mitteln einfach nicht machen.

Die Regulierung der Flüsse wird von der sächsischen Regierung seit Jahren mit den vorhandenen Mitteln betrieben. Auch in diesem Etat sind 1,7 Millionen eingeplant. Mehr ist nicht zu beschaffen, und diese Flußregulierung, die selbstverständlich produktiv für die

Gesamtwirtschaft ist, muß eben allmählich so, wie die Mittel vorhanden sind, durchgeführt werden.

Aber den Bau der beschlossenen Jannetklinik in Plauen und den Erweiterungsbau bei der Staatlichen Finzenklinik in Chemnitz ist schon so viel gesprochen worden, daß ich hier nicht darauf eingehen brauche. Wichtiger ist es, eingegangen auf den Bau der Elstraße bei Kaditz, der hier verlangt wird. Tatsächlich ist dieser Bau eine reine Dresdner Stadtangelegenheit. Er ist auch bereits von der Stadt in Angriff genommen worden. Wie ich aber aus mir bekannten Industriekreisen weiß, hat die Stadt Dresden hier nicht sächsische Firmen mit den wesentlichen Aufträgen bedacht, sondern die Hauptaufträge sind an die ja allen bekannte Augsburg-Rürnberger Metallwarenfabrik gefallen. Es wäre vielleicht interessant, die Gründe zu erfahren, weshalb nicht die vorhandenen sächsischen Firmen berücksichtigt worden sind.

Die Blauschwarzwerke in Dresden und die Sächsischen Hüttenwerke in Freiberg sollen durch Gewährung weiterer Mittel unterstützt werden. Sie wissen aber alle ganz genau, daß die Regierung gegenwärtig eine Denkschrift ausarbeitet, um zu der Erkenntnis zu kommen, ob es richtig ist, diese staatlichen Werke überhaupt aufrecht zu erhalten.

Was die übrigen Wünsche unter b und c anlangt, so sind sie sehr weit gefaßt. Sie stellen eigentlich ein Programm dar, über dessen Einzelheiten man sich nicht hier, sondern im Ausschuß unterhalten muß.

Sie werden mir sagen, Kritik ist sehr schön und gut und auch billiger als positive Vorschläge. Ich werde einen einzigen positiven Vorschlag machen, über den Sie wahrscheinlich erkaunt sein werden. Vorhin wurde versucht, die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland rosigter hinzustellen, als sie meiner Ansicht nach ist. Wenn man eine Wirtschaftslage beurteilt, so muß man unbedingt den ganzen Komplex der Volkswirtschaft in Betracht ziehen. Es ist ungemein schwierig, mit Hilfe der Statistik, die immer nur einzelne Gruppen in der Gesamtwirtschaft auszeichnet, zu irgendwelchen Resultaten zu kommen. Man kann mit der Statistik machen, was man will. Sicher ist eines, daß man nicht von einer Kapitalvermehrung in Deutschland sprechen kann. Wenn Sie die Spartonten betrachten, allein herausgeschüttelt, so wissen Sie ja gar nicht, wo die Spartonten herkommen. Ich versichere Sie, aus den Kreisen unserer Leute, die früher mit der Sparpartei beinahe allen anderen Volksgenossen vorangeschritten sind, weil sie gepart haben, und ich möchte sagen, aus einem Standesbewußtsein heraus, aus den Kreisen stammen die Ersparnisse nicht. Wenn ein Beamter heute sein Gehalt am Ersten auf die Bank bringt und legt es vorübergehend, um ein paar Zinsen noch mehr zu haben, auf der Sparkasse, oder irgendwo anders an, so bedeutet diese Einlage, die am nächsten Ersten wieder verschwindet, keinen Kapitalzuwachs. Wenn Sie nun denken, daß das in der deutschen Wirtschaft in Form von Aktien angelegte Kapital sich vermehrt hat, so täuschen Sie sich. In den letzten acht Tagen schähe ich persönlich den Verlust, der durch den Verlust des Vertrauens gekommen ist, unserer deutschen Gesamtwirtschaft auf mindestens zwei und eine halbe Milliarden M.

Es ist auch ohne Zweifel, daß die Landwirtschaft zunächst durch die Inflation leidlich hindurch gekommen ist und daß sie durch die Inflation eine starke Entschuldung durchmachen mußte, die natürlich zunächst eine Erleichterung der landwirtschaftlichen Lasten war. Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, und ihre Theoretiker und Statistiker wissen das ebenso wie die unserer, daß in den letzten Jahren 7-8 Milliarden M. in die Landwirtschaft hineingepumpt worden sind, um sie rentabler zu machen, um sie, wie man es so nennt, zu rationalisieren. Der Erfolg ist gleich Null. Sie sehen, rein volkswirtschaftlich betrachtet, an Stelle der erhofften Vermehrung des Produktionswertes eine katastrophale Verminderung dieses Produktionswertes. In der gegenwärtigen Lage in Deutschland muß irgend etwas geschehen, was dem ganzen Volke den Glauben an sich selber wieder gibt; sonst hat das Leben, wie so oft gesagt wird, in Deutschland keinen Sinn mehr. Es wird Sie interessieren, daß im Juni 1928 16.330.000 Krankenassenmitglieder vorhanden gewesen sind, im Juni 1929 16.793.000, also 463.000 mehr. Es ist ausgeschlossen, daß dieser Zugang nur aus der Jugend kommt, die langsam in die Arbeit hineinwächst, es müssen frühere Selbständige dabei sein, die ihre selbständigen Betriebe aufgegeben haben, die jetzt also ins Abhängigkeitsverhältnis kommen. (Zuruf links: Damit bekräftigen Sie die Proletarisierung!) Das nennen Sie Proletarisierung, und es ist vielleicht auch Proletarisierung, wenn sie unter Proletarisierung nur verstehen den Verlust der unabhängigen Stellung; aber die Proletarisierung, die Sie meinen, bedeutet den Erwerb einer gewissen Gesinnung. Die Leute von uns, die in abhängigen Stellungen heruntergesunken — wir bebauern das außerordentlich — werden damit noch lange nicht glatte Gefolgsknechte Ihrer marxistischen Gesellschaft. Ich sagte, daß irgendetwas geschehen muß, was das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selber wieder stärkt. Deshalb hätte ich in den letzten Tagen, wo sich in Berlin die Verhältnisse katastrophal zugespitzt haben, von dem Herrn Reichsfinanzminister irgendetwas erwartet, was das Vertrauen der Wirtschaft wieder zu ihm und zur Reichsfinanzverwaltung stärken und heben kann, es ist aber nichts geschehen. Ich hätte gedacht, daß tatsächlich die Reichsregierung durch keinen Mund irgendein Programm der Steuern, der Finanzreform veröffentlicht; denn mag man Anhänger des Young-Planes sein oder nicht — ich bin persönlich keiner —, eins ist doch sicher, daß jeder, der diesen Wechsel unterschreibt, seine Einlösung nur dann garantieren oder wünschen kann, wenn eine grundsätzliche Veränderung unserer Verhältnisse und unserer Finanzverhältnisse mit nach der Einführung kommt; und in dieser Beziehung hätte man ein Programm erwartet. Wir haben erwartet, daß ein Steuerreform- und ein Finanzreformprogramm veröffentlicht wird, in dem folgende Punkte berücksichtigt werden: Ermöglichung der Wirtschaft, wieder aus sich selbst Kräfte zu sammeln und zu arbeiten; also Entlastung der Wirtschaft, Ermöglichung der Kapitalbildung in Deutschland, Verhinderung der Kapitalflucht